



Bundesministerium  
der Justiz und  
für Verbraucherschutz

POSTANSCHRIFT Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz, 11015 Berlin

An die im Rahmen des Forschungsvorhabens zur Absicherung der Bestelleransprüche auf Fertigstellung und Mängelgewährleistung bei Bauwerken um Mitwirkung gebetenen Organisationen, Unternehmen, Bauherren, Sachverständigen, Architekten und Ingenieure, Bank- und Versicherungsexperten und Insolvenzverwalter

HAUSANSCHRIFT Mohrenstraße 37, 10117 Berlin  
POSTANSCHRIFT 11015 Berlin

BEARBEITET VON Bauer  
REFERAT IB3  
FAX (+49 30) 18 580 9525  
AKTENZEICHEN I B 3 3430/25 - 7 - 15 183/2016

DATUM Berlin, 1. Dezember 2016

**BETREFF:** Forschungsvorhaben „Rechtstatsächliche Untersuchung zu den Möglichkeiten der Ausgestaltung einer verpflichtenden Absicherung der Ansprüche des Bestellers einer Bauleistung auf Fertigstellung und Mängelgewährleistung“

**HIER:** Bitte um Unterstützung

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Auftrag des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) wird derzeit ein Forschungsvorhaben zum Thema „Rechtstatsächliche Untersuchung zu den Möglichkeiten der Ausgestaltung einer verpflichtenden Absicherung der Ansprüche des Bestellers einer Bauleistung auf Fertigstellung und Mängelgewährleistung“ durchgeführt. Den Zuschlag für das Vorhaben hat eine Bietergemeinschaft, bestehend aus der AFC Public Services GmbH, Bonn, und der Meyerthole Siems Kohlruss – Gesellschaft für aktuarielle Beratung mbH, Köln, erhalten.

Das Forschungsvorhaben soll der Bundesregierung Entscheidungshilfe hinsichtlich der Frage geben, ob es angezeigt ist, eine gesetzliche Pflicht zur Absicherung der Ansprüche des Bestellers auf Fertigstellung und Mängelgewährleistung einzuführen. Im Rahmen des Vorhabens soll daher ermittelt werden, in welchem Umfang Besteller bei einem Bauvertrag durch die Insolvenz des Unternehmers oder sonstige Leistungshindernisse auf Seiten des Unternehmers Ansprüche auf Vertragserfüllung und Mängelhaftungsansprüche nicht durchsetzen können. Auf dieser Grundlage soll alsdann untersucht werden, wie die genannten Ansprüche

LIEFERANSCHRIFT Kronenstraße 41, 10117 Berlin

VERKEHRSANBINDUNG U-Bahnhof Hausvogteiplatz (U2)

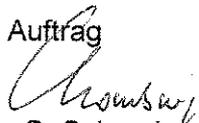
der Besteller in angemessener Höhe zu wirtschaftlich vertretbaren Konditionen abgesichert werden können. Da nicht auszuschließen ist, dass durch eine Absicherung mit herkömmlichen Sicherungsmitteln (insbesondere Bankbürgschaften und Einbehalte) die Liquidität kleinerer Bauunternehmen zu stark eingeschränkt werden könnte, soll das Forschungsvorhaben auch alternative Absicherungsmöglichkeiten einbeziehen. Insbesondere soll untersucht werden, ob eine Versicherung – entweder abgeschlossen durch den Bauunternehmer oder vom Bauherrn in Form einer Multi-Risk-Versicherung – wirtschaftlich weniger belastend für die Vertragspartner ist und wie diese realisiert werden kann.

Für die an dem Vorhaben beteiligten Wissenschaftler ist es insbesondere wichtig, tatsächliche Erkenntnisse über die Auswirkungen von Insolvenzen und anderen Leistungshindernissen auf die Vertragserfüllung und die Gewährleistung zu erhalten. Dabei ist auch von Interesse, ob und gegebenenfalls in welcher Form eine Absicherung dieser Ansprüche vertraglich vereinbart wird. Ich bitte Sie daher, das Vorhaben im Rahmen Ihrer Möglichkeiten zu unterstützen und übersandte Fragebögen auszufüllen und ggf. auch an Interviews teilzunehmen.

Vielen Dank für Ihre Unterstützung!

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

  
(Dr. G. Schomburg)